

# BUNDESTAGSWAHL 2025

## BEWERTUNG DER WAHLPROGRAMME FÜR DIE VCI-KERNTHEMEN

Vorbereitend zur Bundestagswahl haben wir die Wahlprogramme der Union (CDU und CSU), SPD, GRÜNEN und FDP anhand der Kernthemen der Branche analysiert. Zusätzlich zu diesen Wahlprogrammen wurden die Programme von AfD und BSW analysiert. Populistische Parteien lassen sich jedoch nicht neutral mit den erstgenannten Parteien vergleichen. Bei populistischen Parteien liegt der Problembeschreibung kein lösungsorientiertes Problemverständnis zugrunde und es fehlt die ernsthafte Bereitschaft, Lösungen anzubieten. Darüber hinaus werden Kernfragen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ob EU-Mitgliedschaft, Westbindung und Festhalten an der regelbasierten internationalen Ordnung, wissenschaftsbasierte Argumentation, Grundgesetz, Rechtsstaatlichkeit oder der Schutz grundlegender Menschen- oder Persönlichkeitsrechte von der AfD grundsätzlich in Frage gestellt, weshalb durch eine Kurzanalyse im Rahmen unseres Rasters die Positionierung dieser Parteien nicht oder nicht umfassend genug abgeprüft werden kann.

### 1. FORDERUNGEN AN DIE KOMMENDE BUNDESREGIERUNG

- » **Wettbewerbsfähige Energiepreise:** Die Stromgesamtkosten sind im internationalen Vergleich zu hoch. Es fehlen: Gesicherte Erzeugungskapazitäten, Speicher und ausreichende Stromnetze.
- » Es braucht einen **Neustart der Energiewende** unter dem Leitprinzip der Gesamtkosteneffizienz. Sicherstellung einer ausreichenden Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen.
- » Die **Systementwicklungsstrategie** zur besseren Verzahnung des Ausbaus von Erneuerbaren, Strom-, Gas- und Wasserstoffnetzen, Residualkraftwerken und Speichern muss dringend beschleunigt und umgesetzt werden. Die Kraftwerksstrategie und der Kapazitätsmechanismus müssen nun zügig vorgelegt und mit der Carbon Management Strategie verzahnt werden. Kosteneffizienz sollte das Leitmotiv für die konkrete Umsetzung bilden (z. B. Freileitungen statt Erdkabel).
- » Kurzfristig umzusetzende Gewährung eines Zuschusses aus dem Bundeshaushalt zur deutlichen Senkung der **Netzentgelte** auf das Niveau von 2023.
- » Ausweitung des Anwendungsbereiches der **Strompreiskompensation** und – im Interesse der Planungssicherheit – deren verbindliche Verlängerung bis ins Jahr 2030.
- » **Innovationsstrategie aufsetzen, Bürokratie abbauen und Genehmigungen beschleunigen**
- » **Innovationsagenda:** Dass sich Zukunftsfelder entwickeln und neue Märkte erschlossen werden, gelingt nur mit einem neuen Mindset, indem positive Anreize gesetzt, Kooperationen gestärkt, überbordende Bürokratie und Regulierungen abgebaut, intakte Infrastrukturen, insbesondere für den Transfer in der Industrie

und den Wertschöpfungsketten geschaffen, eine bessere MINT-Bildung und Fachkräfteeinwanderung gefördert sowie geistiges Eigentum geschützt werden.

- » **Turbo für Bürokratieabbau:** Die Praxischecks des BMWK sind auf alle Ressorts auszuweiten. Redundante Gesetze, wie das deutsche Lieferkettengesetz, sind konsequent abzuschaffen.
- » **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren:** Die Maßnahmen des Bund-Länder-Pakts müssen konsequent, praxisnah und rechtssicher umgesetzt werden.
- » **EU – Trendwende zur Wettbewerbsfähigkeit vollziehen:** Für eine EU-Trendwende zur Wettbewerbsfähigkeit muss die EU-Kommission den bisherigen Hang zu kleinteiliger Regulierung hinter sich lassen und im **Clean Industrial Deal einen neuen Politikstil** leben.
- » **Ausgaben priorisieren:** Kein Einsparen bei Infrastruktur, Sicherheit und Bildung. Neben der **Schuldenbremse** sind **verbindliche Fiskalregelungen** und eine **staatliche Vermögensrechnung** nötig.
- » **Unternehmenssteuerreform mit deutlicher Absenkung der Steuerlast.**
  - » Deutschland braucht ein **modernes, international wettbewerbsfähiges und schlankes Steuerrecht** sowie eine wachstumsfördernde Steuerpolitik, um Anreize für unternehmerische Aktivitäten am Standort zu setzen und Investoren anzulocken. Steuerpolitik und Industriepolitik müssen wieder ineinandergreifen.
  - » Um international konkurrenzfähig zu bleiben, muss die **Steuerbelastung der Unternehmen** von derzeit knapp 30 Prozent **auf höchstens 25 Prozent** begrenzt sowie das Steuerrecht von Bürokratie befreit und digitalisiert werden.

## 2. KURZBEWERTUNG ANHAND DER 5 VCI-KERNTHEMEN

VCI-Kernforderung	Union	SPD	B90/DIE GRÜNEN	FDP
» International konkurrenzfähige Strompreise	●	●	●	●
» Strompreiskompensation	●	●	●	●
» Versorgungssicherheit	●	●	●	●
» Turbo für Innovationen	●	●	●	●
» Bürokratieabbau	●	●	●	●
» Genehmigungsmanagement	●	●	●	●
EU: Trendwende zur Wettbewerbsfähigkeit vollziehen	●	●	●	●
Investieren statt konsumieren	●	●	●	●
Steuerlast reduzieren	●	●	●	●
Fokus Mittelstand	●	●	●	●

● Unterstützung der VCI-Position     
 ● Teilweise Unterstützung der VCI-Position     
 ● Aussagen gegenläufig zur VCI-Position     
 ● Aussagen abseits von der VCI-Position bzw. k. A. (Indifferente Haltung der Partei gegenüber der VCI-Position)

### 3. DAS SAGEN DIE WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN

#### » Stromkosten konkurrenzfähig machen!

- » Die **Union** kündigt an, mit den CO<sub>2</sub>-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte zu reduzieren, für einen schnellen und günstigen Ausbau von Stromnetzen verstärkt Freileitungen zu nutzen und die Netzentgelte neu zu regeln. Die CDU fordert hier aber keine allgemeine Reduktion. Die Umsetzbarkeit bei den individuellen Netzentgelten bleibt fraglich.
- » Die **SPD** will die Entgelte für das Übertragungsnetz zunächst stabilisieren, dann schnellstmöglich auf 3 Cent pro kWh deckeln und so den Netzausbau unterstützen. Außerdem soll die Entfristung der Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß kommen.
- » **DIE GRÜNEN** fordern die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Freileitungen für neu zu planende Hochspannungsgleichstromleitungen sollen wieder Standard werden. Die Netzkosten sollen nicht umgelegt, sondern anders finanziert werden.
- » **FDP**: Positiv sieht der VCI, dass die FDP die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß absenken will und dass der CO<sub>2</sub>-Preis die Strom- und Energiesteuer perspektivisch vollständig ersetzen soll. Die angekündigte umfassende Reform der Netzentgelte benachteiligt tendenziell Industriezentren im Westen und Süden Deutschlands. Auch ist keine kurzfristige Entlastung vorgesehen. Positive und negative Bewertungen werden zu einer teilweisen Übereinstimmung der FDP-Programmatik mit der VCI-Position gemittelt und farblich auf „gelb“ gesetzt.
- » **AfD**: Versprechen der Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum; ungeeignet sind die vorgeschlagenen Instrumente, u.a. Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp oder Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung.
- » **BSW**: Gemeinsam mit der AfD verfolgt das BSW das Ziel einer Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines oder der Aufhebung des Heizungsgesetzes. Durch Verstaatlichung der Netzinfrastruktur will das BSW Netzentgelte auf ein Minimum reduzieren.

#### » Strompreiskompensation ausweiten!

- » **Union**: Keine Aussagen.
- » **SPD**: Strompreiskompensation auf weitere energieintensive Branchen ausweiten, z. B. weitere Teile der Chemie und Batteriezellenproduktion.
- » **GRÜNE**: Dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen.
- » **FDP**: Keine Aussagen.
- » **AfD, BSW**: Keine Aussagen.

#### » Gesicherte Erzeugungskapazitäten, Speicher und ausreichende Stromnetze

- » Die **Union** äußert sich positiv zum Thema Versorgungssicherheit, will eine pragmatische Kraftwerksstrategie und einen technologieoffenen, wettbewerblichen Kapazitätsmarkt. Überdies macht sie Aussagen zum Strommarktdesign (Terminmärkte weiterentwickeln).
- » Keine Aussagen im **SPD**-Wahlprogramm zur Versorgungssicherheit.
- » Gerade mit einem forcierten Kohleausstieg sieht der VCI bei den **GRÜNEN** keine deutliche Verbesserung der Versorgungssicherheit durch die Ankündigung von „Investitionen in Kraftwerke, z.B. im Rahmen von Kapazitätsmärkten, einhergehend mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum effizienten Stromverbrauch“.

- » Die **FDP**-Ansätze zum Ausbau der heimischen Erdgasförderung (Fracking) wirken nicht kurzfristig. Die Neukonzeption des Kapazitätsmarkts verzögert den Bau von Kraftwerken weiter.
- » **AfD**: Keine Aussagen.
- » Das **BSW** erwähnt klassische Batteriespeicher und Hochtemperaturspeicher, um für die emissionsfreie Weiternutzung des Großteils der Kohlekraftwerks-Infrastruktur zu argumentieren. Außerdem will das BSW endlich in neue Gaskraftwerke als Reservekapazität sowie in die Netze investieren und diese Bereiche verstaatlichen.

## » Turbo für Innovationen

- » Geht es nach der **Union**, sollen Wirtschaft und Staat bis 2030 3,5 % des BIP für Forschung und Entwicklung aufwenden. Die steuerliche Forschungszulage als niedrigschwelliges Instrument soll weiterentwickelt werden. Außerdem will die Union die nicht näher konkretisierte Bündelung der Forschungsförderung des Bundes, eine Hightech-Agenda, die Stärkung des Transfers, die konsequente Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum und ein Innovationsfreiheitsgesetz für mehr Forschungsfreiräume.
- » Die **SPD** setzt sich für die Stärkung der Forschungsförderung, insbesondere in der Grundlagenforschung der Schlüsselindustrien und des GreenTech ein und will mehr steuerliche Förderung, einfachere Zugänge zu Fördermitteln und weniger überflüssige Bürokratie bei der Beantragung und Durchführung von Forschungsprogrammen.
- » **DIE GRÜNEN** wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen mindestens 3,5 % der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. Die Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage soll weiter ausgeweitet und so Unternehmen bei der Forschung besser unterstützt werden. In Experimentierräumen, wie den Reallaboren, sollen neue Technologien erprobt und in die Anwendung gebracht werden können. Gründungen sollen einfacher gemacht werden.
- » Die **FDP** hält Dual Use-Forschung und die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für unverzichtbar für einen starken Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort und will Finanzmittel der EU anhand von Zukunftsaufgaben verteilen.
- » Die **AfD** will von Technologieverboten auf Technologieoffenheit umsteigen, was positiv klinge, wenn es nicht in den Kontext einer „Entpolitisierung der Forschungslandschaft“ gestellt würde, welche die AfD für „dringend erforderlich“ hält.
- » Das **BSW** will die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2030 auf mindestens 4% der Wirtschaftsleistung steigern und hebt die Bedeutung staatlicher Forschung explizit hervor.

## » Turbo für Bürokratieabbau

- » **Union**: Stärkung der Bürokratiebremse („One in, two out“). Wo sinnvoll möglich, soll es ein Verfallsdatum für Gesetze und Regelungen geben. Mehr Bürokratie-Checks in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen. Der Normenkontrollrat (NKR) soll zurück ins Bundeskanzleramt. Die Union will das nationale Lieferkettengesetz abschaffen und ein EU-Forechecking einführen. In Europa will die Union Belastungen einen Riegel verschieben (Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung), ein Anti-Goldplating-Gesetz, den Abbau von Statistiklasten und Schluss machen mit immer mehr Betriebsbeauftragten. Eine „Offensive für Bürokratieabbau“ setzt u.a. auf konsequente Entbürokratisierung. Verlängerung der Prüf- und Berichtszyklen für Unternehmen, Anhebung von Bagatellgrenzen, Einführung einer Genehmigungsfiktion.
- » **SPD**: Neue Gesetze müssen einem Praxischeck unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie sollen die Chancen der Digitalisierung genutzt werden. Hier fehlen aber die konkreten Vorschläge. Konkrete Möglichkeiten des Bürokratieabbaus werde laut Wahlprogramm

ein sozialdemokratischer Bundeskanzler in einer Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung ermitteln.

- » **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Der Praxischeck wird als pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in Deutschland angeführt, das in der nächsten Legislatur skaliert werde. Bei jeder Gesetzgebung muss laut Wahlprogramm die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Zentrale öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen sollen an einer Stelle gebündelt werden, Daten nur einmal eingereicht werden müssen. Die Gesetzgebung des Bundes muss praxistauglicher und weniger kompliziert gestaltet werden. Dafür wollen DIE GRÜNEN die Digital- und Praxischecks ausbauen. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben ist das zugrundeliegende Stammgesetz zu modernisieren, sind Leistungen zu pauschalisieren sowie Experimentierräume und Reallabore vorzusehen.
- » **FDP:** Sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie. Jedes Jahr ein Jahresbürokratieentlastungsgesetz Bürokratiebremse im GG. Den Erfüllungsaufwand für Betriebe im Saldo um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode reduzieren. Gesetze mit einer Sunset-Clause häufiger zeitlich befristen. Auf EU-Ebene ein System verbindlicher Erfassung von Bürokratiekosten mit ehrgeizigen und messbaren Zielen für den Bürokratieabbau vorgeben. Vollständige Abschaffung der Regelungen des Green Deal: CSRD, CSDDD et al. Striktes Gold Plating-Verbot für europäische Richtlinien.
- » **Afd:** Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie; Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung; Vereinfachung des Vergaberechts; Förderung von Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen unter anderem durch Abbau von Vorschriften auf das notwendige Minimum.
- » **BSW:** EU-Auflagen, die Unternehmen übermäßig belasten, deren Nutzen jedoch fragwürdig ist, sollten nicht mehr in nationales Recht übernommen werden, z.B. Nachhaltigkeitsberichterstattung. Gefordert wird auch die Reform des Lieferkettengesetzes, ein „Nationaler Tag der Entrümpelung“ oder die Stärkung des Normenkontrollrats (NKR).

## » Industrieanlagen deutlich schneller als bisher genehmigen!

- » **Union:** Planung, Genehmigung und Umsetzung beschleunigen (bei Bau, Verkehr und digitalen Infrastrukturen). Klagemöglichkeiten und Instanzen reduzieren, Blockaden abbauen (Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben auf EU-Ebene). Verwaltung größeren Ermessensspielraum geben. Mit dem Einsatz von KI eine effiziente, vollständig digitalisierte Verwaltung für Bürger und Unternehmen aufbauen. Schnellstmöglich ein wirksames Beschleunigungs-Gesetz auf den Weg bringen und den Genehmigungsturbo zünden (Kontext: Glasfaserausbau).
- » **SPD:** Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen. Weg des Deutschlandpakts zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung konsequent weitergehen. Alle Zuständigkeiten der Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln und dieses mit den nötigen finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten. Proaktive Verwaltung. Ein Schlüssel dafür ist der digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden. Dafür ein System der einmaligen Übermittlung von Daten aufbauen. Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern.
- » **DIE GRÜNEN:** Vereinfachung, Digitalisierung und Beschleunigung staatlicher Verfahren und Prozesse für einen wettbewerbsfähigen Standort. Grundlagen sind gelegt. Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI, kann der Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden.

- » **FDP:** Alle relevanten Register, wie z.B. Melderegister, Unternehmensregister und Gesundheitsregister, vollständig digitalisieren und vernetzen, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und zu vereinfachen. Keine analog-digitalen Doppelstrukturen. Analoge Prozesse durch digitale ersetzen.
- » **AfD:** Beschleunigung notwendiger Neuinvestitionen durch Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren; Vorantreiben der Digitalisierung der Verwaltung.
- » **BSW:** Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung für effizientere und schnellere Prozesse und eine Verminderung der Bürokratielasten. Zentrales Online-Portal als „One-Stop-Shop“.

## » EU: Trendwende zur Wettbewerbsfähigkeit vollziehen!

- » Die **Union** fordert einen „Deal für Wettbewerbsfähigkeit“ und setzt sich ein für ein Europa, das sich in die richtige Richtung entwickelt: weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit.
- » Die **SPD** unterstützt den europäischen Green Deal, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Im Kontext einer „pragmatischen und beherzten Wasserstoff-Politik“ wird auch der europäische Clean Industrial Deal unterstützt.
- » **DIE GRÜNEN** verteidigen den europäischen Green Deal, weil er mit klimapolitischen und ökologischen Zielen und Leitplanken den Rahmen für fairen Wettbewerb in Europa vorgibt. DIE GRÜNEN drängen darauf, dass der Green Deal und das „Fit for 55“-Paket europaweit konsequent umgesetzt werden. Dass dies möglichst unbürokratisch erfolgen soll, ist Konsens. Der Green Deal soll zusätzlich um eine industrielle Dimension erweitert werden.
- » Die **FDP** fordert die vollständige Abschaffung der Regelungen des Green Deal und adressiert die Berichtspflichten aus Regelungen wie der EU-Taxonomie, der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD).
- » Die **AfD** wendet sich grundsätzlich gegen eine immer engere Verflechtung der EU-Mitglieder. Dem Gegenmodell eines „Europa der Vaterländer“ entspricht die Diffamierung eines „EU-Zentralstaats“. Deutschland muss aus AfD-Sicht aus dem Euro-System austreten, Distanz zu den USA halten und die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und China ausbauen.
- » Das **BSW** fordert eine Rückverlagerung von Kompetenzen der EU in die Mitgliedstaaten. Mit einer „aktiven Industriepolitik“ will das BSW Industrien erhalten und umbauen sowie technologieoffen Innovationen für gesellschaftlich erwünschte Ziele (Klima- und Umweltschutz, Einsparung an Ressourcen, Kreislaufwirtschaft) fördern und unterstützen.

## » In Wachstum investieren statt konsumieren!

- » Die **Union** will Schwerpunkte setzen, statt Schulden zu machen und Steuern zu erhöhen, hält an der Schuldenbremse fest und erteilt Steuererhöhungen eine Absage.
- » Die **SPD** setzt der VCI-Position das Konzept eines staatlich/privaten Deutschlandfonds (100 Mrd. EUR) u.a. zur Finanzierung von Strom-, Wärme-, Wasserstoffnetzen entgegen, der im Rahmen der Schuldenbremse über finanzielle Transaktionen umgesetzt werden soll.
- » **DIE GRÜNEN** kombinieren den Deutschlandfonds mit einer Reform der Schuldenbremse. Der Deutschlandfonds ist hier kein Ersatz für die Aufgabe, im Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit den vorhandenen Einnahmen umzugehen.
- » Die **FDP** spricht sich für die Einhaltung der im GG verankerten Schuldenbremse als zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit aus, sucht angesichts des steigenden Investitionsbedarfs nach einer nachhaltigen Lösung im Rahmen der

Schuldenbremse. Die FDP erteilt darüber hinaus einer Verschuldungskompetenz der EU eine strikte Absage.

- » Die **AfD** kündigt an, den Bundeshaushalt zu konsolidieren durch den Abbau von „sinnlosen“, der vorgeblichen „Klimarettung“ geschuldeten Ausgaben, die Beendigung der Finanzierung von „überflüssigen Prestigeprojekten, insbesondere im Ausland“. Die Beitragszahlungen an die EU sollen drastisch reduziert werden. Die Schuldenbremse ist einzuhalten.
- » Das **BSW** will die Schuldenbremse reformieren und ein großes Investitionsprogramm auflegen. Über einen Industriefonds will das BSW in relevante Zukunftsbranchen und Schlüsselindustrien investieren und innovativen Start-ups mit „geduldigem“ Kapital, das keine schnellen Renditen erwartet, zum Erfolg verhelfen.

## » Steuerlast reduzieren!

- » **Union:** Steuerlast verringern durch Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent (insbesondere die Tarifbelastung, Verbesserung des Optionsmodells und der Thesaurierungsbegünstigung. Mehr Wahlrechte, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit bei den bestehenden Steuersystemen für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften), Abschaffung des Rest-Soli, Ausweitung des Verlustrücktrags und Abschaffung der Beschränkung des Verlustvortrags durch die Mindestbesteuerung, Verbesserung von Abschreibungen (Neufassung der AfA-Tabellen und Aktualisierung der Abschreibungsdauern). Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz sollen künftig steuerlich deutlich schneller und besser abgesetzt werden können. Eine Vermögensteuer wird ausgeschlossen. Für die Steuerpläne der Union hat das IW ein Haushaltsdefizit von -89 Mrd. EUR errechnet.
- » **SPD:** Keine positiven Ansätze für eine Unternehmenssteuerreform im Programmtext, hingegen werden angekündigt: eine Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer für Bildungsinvestitionen, eine international koordinierte Mindeststeuer für "Superreiche", die effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen, die Einführung einer einheitlichen Basis-Körperschaftsteuer von 15% in Europa und die Besteuerung von Kapitaleinkommen über den Einkommensteuertarif. Personenunternehmen, die ihre Gewinne wieder investieren, sollen steuerlich entlastet werden. Mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ soll eine eigenständige Rechtsform eingeführt werden, die die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Im Saldo hat das IW immer noch ein Haushaltsdefizit von -30 Mrd. EUR durch zahlreiche Wahlversprechen errechnet.
- » **DIE GRÜNEN** will die Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer für außerordentlich große Erbschaften effektiv angehen und sich aktiv für die Einführung der globalen „Milliardärs-Steuer“ sowie das Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung, wie Share Deals, und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften einsetzen. Außerdem Einführung einer auf fünf Jahre befristeten, unbürokratischen Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen. Diese Prämie wird mit der Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld übersteigt, wird sie ausgezahlt. Eintreten für eine Europäische Digitalkonzernsteuer. Vom IW errechnetes Haushaltsdefizit der Steuerpläne: -48 Mrd. EUR.
- » Die **FDP** will eine Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent und dazu den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen und die Körperschaftsteuer senken. Doppelbesteuerungen sind konsequent zu vermeiden. Besonders positiv ist, dass künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuert werden sollen, indem Hinzurechnungstatbestände konsequent abgeschafft werden. Die Ungleichbehandlung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalverzinsung soll beendet werden, durch Einführung der steuerlichen Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen. Unbeschränkter Verlustvortrag und eine weitere

Ausweitung des Verlustrücktrags. Steuerliche Berücksichtigung von Liquidationsverlusten. Die FDP will das deutsche Steuerrecht entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen. Ablehnung jeder Form einer Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe. Das vom IW ermittelte Defizit beträgt -128 Mrd. EUR.

- » Die **AfD** kündigt die Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle an. Die Vermögen- und Erbschaftsteuer soll ebenso wie die Grundsteuer abgeschafft werden. Die Steuerausfälle seien zu kompensieren.
- » Das **BSW** plant, Konzerne für ihre Aktivitäten in Deutschland steuerlich ebenso hoch zu belasten wie mittelständische Betriebe und will die von Konzernen ausgenutzte Möglichkeiten, durch internationale Gewinnverlagerung ihre Steuern auf ein Minimum zu drücken, beseitigen. Außerdem geplant sind eine Kapitalertragssteuer, die Besteuerung von Aktienrückkäufen, die Reaktivierung der Vermögensteuer und eine Finanztransaktionssteuer.

## » Fokus Mittelstand

- » Die **Union** will den Mittelstand mehr berücksichtigen, u.a. in der Forschungspolitik.
- » Die **SPD** will mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine eigenständige Rechtsform einführen, die die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Außerdem sollen die höchsten Vermögen im Land über die Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie Vermögensteuer stärker in die Verantwortung genommen werden.
- » **DIE GRÜNEN** wollen die Schwellenwerte für die Definition von KMU anheben, damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregelungen profitieren können, da KMU besonders unter aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln leiden. „Gerechtigkeitslücken“ sollen über eine globale Milliardärs-Steuer, eine fairere Erbschaftsteuer oder eine nationale Vermögensteuer angegangen werden.
- » Die **FDP** fokussiert besonders auf die bürokratische Belastung des Mittelstands. Sie will den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen, KMU sowie Familienunternehmen entlasten bei Unternehmenssteuer und Gewerbesteuer.
- » Die **AfD** kündigt die drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte an und will dem Mittelstand die Möglichkeit geben, Vermögen sicher und steueroptimiert aufzubauen.
- » Das **BSW** plant u. a. die Reaktivierung der Vermögensteuer, will aber auch den unternehmerischen Freiraum erweitern und so Innovationen fördern.